

Herr Ronsdorf stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung des ersten Antrages von Herrn Ullmann.

Er ist der Auffassung, dass der Rat sich nicht mit dem Antrag des Herrn Ullmann befassen sollte, da man „sich nicht zu einer Extremismusdebatte hinziehen lassen“ darf „von einem Vertreter der linksextremistischen Partei“.

Beschluß:

Der Rat der Stadt beschließt die Nichtbehandlung des Antrages von Herrn Ullmann vom 05.03.2011

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (proNRW)
 42 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Ronsdorf stellt nunmehr den Antrag zur Geschäftsordnung auf geheime Abstimmung des obigen Antrages, da nach seiner Auffassung massiver Druck auf die Ratsmitglieder ausgeübt worden sei.

Der Bürgermeister stellt fest, dass dieser Antrag erheblich zu spät gestellt worden ist, da die Abstimmung bereits stattgefunden hat, und weist den Vorwurf von Herrn Ronsdorf nachdrücklich zurück. Er macht deutlich, dass der Rat jederzeit in der Lage ist, frei, unbeeinflusst und demokratisch zu beraten.

Herr Ullmann erläutert, dass er mit seinem Antrag einen Rahmen stecken wollte, mit dem er anderen Fraktionen die Möglichkeit geben wollte, weitere konkrete Vorschläge einzubringen im Nachgang zu der soeben beschlossenen Resolution.

Herr Viebach bittet Herrn Ullmann darum, den ersten seiner Anträge zurück zu ziehen, da mit der Resolution ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit der überwiegenden Mehrheit des Rates gesetzt worden ist; Herr Ullmann sollte mit seinem Antrag nicht aus dieser Mehrheit ausscheren.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass er sich der Bitte von Herrn Viebach anschließt.

Herr Ullmann zieht daraufhin den Antrag zurück.

Herr Ronsdorf stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung des zweiten Antrages von Herrn Ullmann.

Beschluß:

Der Rat der Stadt beschließt die Nichtbehandlung des Antrages von Herrn Ullmann vom 08.03.2011

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (proNRW)
42 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Ullmann erläutert den Antrag vom 08.03.2011. Mit seinem Antrag bezweckt er, mit einer staatlich geförderten Stelle zusammenzuarbeiten, die im Regierungsbezirk Köln Städte und Initiativen in ihrem Auftreten zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt berät.